

Unternehmenssteuer ist tabu

Körperschaftssteuer. Um ihre Schulden abzubauen, haben viele Staaten alle möglichen Steuern erhöht – nur an der Körperschaftssteuer wird nicht gerüttelt.

Fast alle Industrieländer haben sich in der Wirtschaftskrise zusätzlich verschuldet. Im Schnitt steht jedes OECD-Land mit der Wirtschaftsleistung eines ganzen Jahres in der Kreide – 2007 betrug die Schuldenquote erst 73 Prozent. Die Regierungen haben deshalb Ausgaben gekürzt und Steuern erhöht.

Dabei scheint kaum ein Bereich tabu. So hat Irland einen Zuschlag auf die Einkommenssteuer eingeführt. Der Spitzensteuersatz beträgt jetzt 47 statt zuvor 41 Prozent. Auch die Bundesregierung setzt auf hö-

here Steuereinnahmen und hat zum Beispiel die Luftverkehrsabgabe auf den Weg gebracht.

Die Körperschaftssteuer – sie ist von Unternehmen in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft zu entrichten – wurde bisher nirgendwo erhöht. Kein Land möchte seinen Standort unattraktiver machen. Einige Staaten fahren sogar eine gegenteilige Strategie (Grafik):

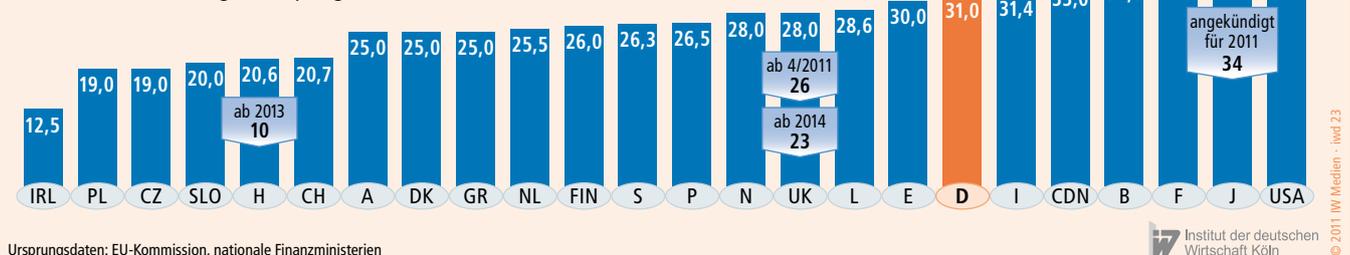
- **Vereinigtes Königreich.** Die Briten haben im April 2011 den Körperschaftssteuersatz von 28 auf 26 Prozent reduziert. Für 2014 ist eine

weitere Senkung angekündigt. Dabei hat gerade Großbritannien in der Krise gelitten. Dort ist die Staatsverschuldung zwischen 2007 und 2010 von 47 auf 82 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gestiegen. In London verfolgt man jedoch das Prinzip: Wenn die Unternehmen florieren, nutzt das auch der Staatskasse.

- **Japan.** Dort sollte zum 1. April 2011 der Steuersatz von 39,6 auf rund 34 Prozent sinken. Aufgrund der Naturkatastrophe und der aktuellen Rezession ist momentan offen, ob der Plan noch umgesetzt wird.
- **Ungarn.** Die Regierung in Budapest möchte 2013 den Körperschaftssteuersatz auf 10 Prozent halbieren.

Unternehmenssteuern: Die Sätze bleiben weitgehend stabil

Tarifliche Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften 2010 in Prozent des Gewinns



In dieser Woche

Steuerpolitik: Die EU will die Harmonisierung der Körperschaftssteuer voranbringen.
Seite 2

Existenzgründung: Unternehmen werden in Deutschland vorwiegend von Männern gegründet.
Seite 3

Patente: Deutsche Unternehmen und Erfinder melden inzwischen zwei von drei Patenten im Ausland an.
Seite 4-5

Finanzmärkte: Europas Banken hängen eng zusammen und sind damit anfällig für eine erneute Krise.
Seite 6

Griechenland: Der unerlässliche Sparkurs hemmt momentan noch die griechische Konjunktur.
Seite 7

Busfernverkehr: Ein 75 Jahre altes Gesetz verhindert echten Wettbewerb im öffentlichen Fernverkehr.
Seite 8

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

EU will Harmonisierung

Steuerpolitik. In Sachen Steuern sind der EU-Kommission weitgehend die Hände gebunden. Unterschiedliche nationale Regelungen lassen sich nur vereinheitlichen, wenn alle Mitgliedsstaaten zustimmen. Die EU hat so die Harmonisierung der Mehrwertsteuer und einiger Verbrauchssteuern vorangebracht. Nun will Brüssel die Körperschaftssteuer angehen.

Immer wieder hat die EU in den vergangenen Jahren versucht, Europa auch steuerpolitisch ihren Stempel aufzudrücken. Im vergangenen Herbst etwa sorgte EU-Haushaltskommissar Janusz Lewandowski für Aufregung, als er eigene Steuereinnahmen für die Europäische Union forderte. Weniger weitgehend war der Mitte April 2011 von der EU-Kommission präsentierte Vorschlag, die Mindeststeuersätze für Dieselkraftstoff zu erhöhen. Doch auch dieser Plan stieß auf vehemente Kritik – vor allem in Deutschland.

Einfach beschließen kann die Kommission solche Änderungen nicht. Sie müssen vielmehr einstimmig vom Ministerrat abgesegnet werden. Dafür gibt es gute Gründe: Die EU soll im Wesentlichen nur dort tätig werden, wo die Mitgliedsstaaten die gemeinsamen Ziele nicht erreichen können. Artikel 113 des Vertrags von Lissabon legt daher fest, dass die EU die Bestimmungen für die indirekten Steuern – zu denen Verbrauchssteuern wie die Mehrwertsteuer gehören – nur insoweit harmonisieren darf, als dies für einen funktionierenden Binnenmarkt und zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen erforderlich ist.

Diese Regelung ist auch deshalb so zurückhaltend formuliert, weil die Mitgliedsstaaten ihre steuerpolitischen Kompetenzen ungern beschneiden lassen. Bei den indirekten Steuern etwa wollen viele EU-Länder das Heft nicht aus der Hand geben. Denn Mehrwertsteuer, Mine-

ralölsteuer etc. füllen die Steuertöpfe der Staaten zu einem beträchtlichen Teil (Grafik):

In einigen osteuropäischen EU-Staaten machten die indirekten Steuern im Jahr 2010 mehr als zwei Drittel ihrer gesamten Steuereinnahmen aus, in Deutschland lag der Anteil immerhin bei knapp 55 Prozent.

Gleichwohl hat die EU bei den indirekten Steuern einiges geregelt. So hat sie die Bemessungsgrundlage für die Mehrwertsteuer weitgehend vereinheitlicht und ein Mindestsatz von 15 Prozent festgelegt. Zwar profitiert Brüssel hiervon nicht unmittelbar, denn das Steueraufkommen steht den Mitgliedsstaaten zu. Diese müssen jedoch als Teil der EU-Finanzierung 0,3 Prozent der harmonisierten Mehrwertsteuer-Bemessungsgrundlage abführen.

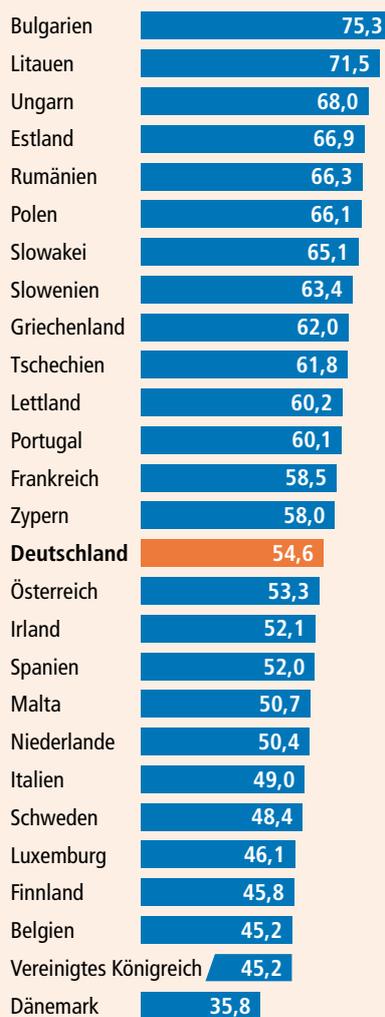
Auf diesem Weg fließen 2011 immerhin 14 Milliarden Euro in den EU-Haushalt.

Bei den direkten Steuern wie der Einkommens- und der Körperschaftssteuer hat Europa deutlich weniger Kompetenzen. Wie hoch etwa Firmengewinne besteuert werden, liegt ganz in der Hand der einzelnen Staaten (vgl. Seite 1).

Untätig ist die EU-Kommission jedoch auch hier nicht – kürzlich hat sie einen Vorschlag gemacht, die Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer zu harmonisieren. Grundsätzlich ein sinnvolles Vorhaben. Denn einheitliche Regeln zur Berechnung des steuerpflichtigen Gewinns würden es den Unternehmen in der Europäischen Union erleichtern, grenzüberschreitend tätig zu werden.

Steuern: Süd- und Osteuropa kassieren beim Konsum

Indirekte Steuern in Prozent aller Steuereinnahmen im Jahr 2010



Indirekte Steuern: z. B. Mehrwertsteuer und Verbrauchssteuern wie Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Versicherungssteuer
 Ursprungsdaten: Eurostat

Beherzte Australierinnen

Existenzgründung. Sich selbstständig machen, ein Unternehmen aufbauen oder eine Firma übernehmen – in Deutschland ist das in erster Linie immer noch Männersache. Ganz anders sieht es in Australien aus: Down Under gründen genauso viele Frauen wie Männer ihr eigenes Business.

Bertha Benz, Käthe Kruse, Elisabeth Noelle-Neumann und die omnipräsente Alice Schwarzer – alles berühmte deutsche Gründerinnen. Doch so erfolgreich diese Frauen auch waren bzw. sind – die Neigung, sich selbstständig zu machen, ist in der Bundesrepublik innerhalb der weiblichen Bevölkerung ziemlich gering (Tabelle):

In Deutschland gründen nur halb so viele Frauen wie Männer eine eigene Firma.

Zu strikte Regulierungen, der schwierige Zugang zu Wagniskapital und eine zu hohe Steuerlast nennt der Global Entrepreneurship Monitor, das weltweit größte Gründungs-Forschungskonsortium, als Haupthindernisse für Existenzgründungswillige in Deutschland – allerdings blockieren diese Faktoren beide Geschlechter gleichermaßen. Also muss es andere Hürden geben, die die Frauen hierzulande bremsen.

Denn dass Frauen grundsätzlich genauso viel Mut und Energie haben, sich selbstständig zu machen, wie Männer, zeigt ein Blick über die Grenzen. Im Nachbarland Belgien etwa ist das Verhältnis von Gründerinnen und Gründern deutlich ausgeglichener als in Deutschland; in den Vereinigten Staaten liegen die Zahlen mit 70 zu 82 Firmengründern

je 1.000 Erwerbspersonen noch näher beieinander. Geschlechtergleichstand herrscht bereits in Australien, wo im vergangenen Jahr auf 1.000 Männer beziehungsweise Frauen im erwerbsfähigen Alter jeweils 78 Gründer und Gründerinnen kamen.

Eine Erklärung: In all diesen Ländern werden Frauen gezielt gefördert und zur Gründung eines eigenen Unternehmens motiviert:

- Australien bietet ein Förderprogramm an, bei dem erfahrene Gründerinnen künftige Unternehmerinnen trainieren und begleiten („Women in Small Business“).
- In den Vereinigten Staaten unterhält die Organisation „Women’s Business Ownership & Entrepreneurial Development“ ein Netzwerk von Agenturen, das gründungsinteressierte Frauen informiert und berät.
- Der belgische Unternehmerinnenverband „Association Belge des Femmes Chefs d’Entreprise“ bietet Informationen, Beratung, Qualifizierung und Netzwerke an. Zudem unterstützen nationale Förderprogramme die Start-ups von Frauen.

Zwar gibt es auch in Deutschland einige Initiativen, die speziell auf Frauen zugeschnitten sind: So unterstützt die „Bundesweite Gründerinnenagentur“ künftige Unternehmerinnen mit Informationen und Beratung.

Doch generell hält die geringe Risikofreude der Deutschen wohl besonders Frauen davon ab, ein Unternehmen zu gründen. Wichtig wären auch unternehmerische Qualifizierungen – vielen Gründerinnen mangelt es an geschäftlichem Grundlagenwissen wie Kostenrech-

Existenzgründer: Meist männlich

Von jeweils 1.000 Männern bzw. Frauen zwischen 18 und 64 Jahren haben so viele im Jahr 2010 ein Unternehmen gegründet

	Männer 	Frauen 
Australien	78	78
Island	139	72
USA	82	70
Frankreich	70	48
Schweiz	56	45
Niederlande	101	44
Vereinigtes Königreich	84	44
Griechenland	69	41
Finnland	75	39
Irland	95	39
Norwegen	115	38
Schweden	62	35
Belgien	40	33
Spanien	54	32
Portugal	60	31
Deutschland	54	29
Dänemark	52	23
Südkorea	110	22
Italien	27	20
Japan	51	15

Quelle: Global Entrepreneurship Monitor

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iw-d 23

nungs- und Buchhaltungskennntnissen. Außerdem gibt es hierzulande kaum Netzwerke für gründungswillige Frauen, die den neuen Unternehmerinnen als „soziales Kapital“ bei der Umsetzung einer Geschäftsidee behilflich sein könnten.

Selbst erfunden statt abgekupfert

Patente. Deutsche Unternehmen und Erfinder melden inzwischen zwei von drei Patenten im Ausland an. Die neue Top-Adresse ist China, wo 2008 zehnmal so viele deutsche Patente eingereicht wurden wie Mitte der 1990er Jahre. Während die chinesischen Patentrechtsreformen offenbar Wirkung zeigen, bleibt für Europa die Schaffung eines Gemeinschaftspatents die größte Herausforderung.*)

Deutsche Forscher und Entwickler haben so viele zündende Ideen wie nie – mittlerweile gibt es weltweit doppelt so viele Patente deutscher Herkunft wie noch vor 15 Jahren. Ein Grund dafür ist die Globalisierung. Ein zusätzliches Werk in China, neue Geschäftspartner in Brasilien – wer überall seine Produkte fertigt und vertreibt, sollte die Ideen dahinter schützen lassen.

Patentrechte sind jedoch geografisch gebunden. Ein Unternehmen muss seine Erfindungen in jedem Land zum Patent anmelden, in dem es die neuen Waren oder Dienstleistungen exklusiv verkaufen möchte.

Davon haben deutsche Unternehmen zuletzt regen Gebrauch gemacht (Grafik).

Seit 1995 wurden Erfindungen aus Deutschland bei 109 verschiedenen Patentämtern rund um den Globus angemeldet. Immer wichtiger wird China. Im Jahr 2009 hat das Land die USA als wichtigste Absatzregion des deutschen Maschinenbaus überholt – und in der Automobilbranche wird wohl noch in diesem Jahr das Gleiche geschehen.

Deutsche Unternehmen lassen sich im Reich der Mitte daher inzwischen jährlich rund 9.000 Erfindungen schützen – deutlich mehr als

beispielsweise in Japan oder Südkorea (Grafik Seite 5).

Die Zahl deutscher Patentanmeldungen in China hat sich seit Mitte der 1990er Jahre etwa verzehnfacht.

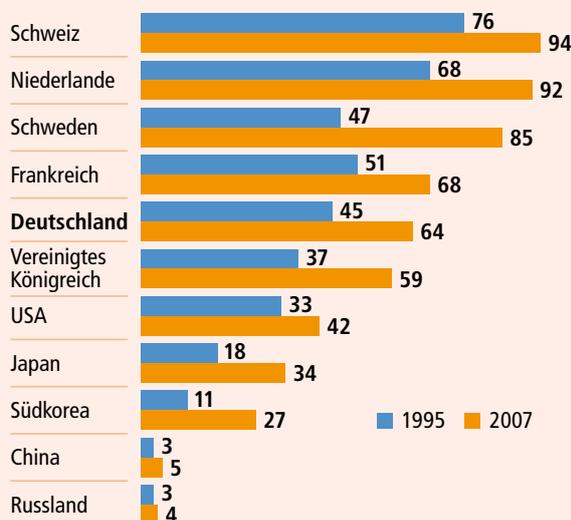
Zum einen dürfte die Angst vor chinesischen Billigkopien den Patentierungseifer erklären. Denn das Gesetz besagt: Produziert ein chinesischer Konkurrent mit lediglich in Deutschland geschütztem Know-how Güter für den US-amerikanischen Markt, ist das legal. Erst, wenn das Wissen auch in China patentiert ist, handelt es sich um strafbaren Ideenklau.

Zum anderen ist Peking ausländischen Unternehmen sehr weit entgegen gekommen und hat die Rahmenbedingungen für die Anmeldung und Durchsetzung geistiger Schutzrechte verbessert. Entsprechende Patentrechtsreformen hatte die Welt handelsorganisation zu Beginn des



Die Internationalisierung der Patente

Lesebeispiel: Im Jahr 1995 wurden 76 von 100 Schweizer Patenten im Ausland angemeldet, im Jahr 2007 waren es 94.



Länder mit mindestens 10.000 Patentanmeldungen im Jahr
 Ursprungsdaten: Weltorganisation für geistiges Eigentum

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 23

Weltorganisation für geistiges Eigentum

Die Weltorganisation für geistiges Eigentum (englisch: World Intellectual Property Organization, WIPO) wurde 1967 gegründet und sitzt in Genf. Der Sonderorganisation der Vereinten Nationen gehören 185 Mitgliedsstaaten an. Die WIPO verwaltet 24 internationale Verträge, die sich mit dem Schutz des geistigen Eigentums befassen. Sie unterhält zudem einen ständigen Ausschuss, der sich mit Patenten beschäftigt. Er sorgt für die internationale Registrierung von Handelsmarken, ist zuständig für die weltweite Registrierung von Namens- und Urheberrechten sowie das Prozedere bei der internationalen Beantragung von Patentrechten.

Jahrtausends zur Voraussetzung für den Beitritt Chinas gemacht – mit Erfolg. Zahlreiche Unternehmen bewerten inzwischen das chinesische Patentsystem besser als das US-amerikanische oder das japanische.

Was die Chinesen schon hinter sich haben, steht den Europäern noch bevor: Das europäische Patentsystem braucht einige Nachbesserungen. Es ist zu bürokratisch, zu teuer und zu stark fragmentiert. Ein in 13 europäischen Ländern für zehn Jahre gültiges Patent kostet beispielsweise knapp 30.000 Euro. Allein rund 8.000 Euro entfallen auf Übersetzungen in die jeweiligen Landessprachen. Damit müssen Firmen für ein Patent in Europa etwa achtmal so viel bezahlen wie für ein vergleichbares Schutzrecht in den USA.

Europa benötigt deshalb ein Gemeinschaftspatent, das in der gesamten EU gilt, sowie eine einheitliche Patentrechtssprechung. Wenn die Schutzrechte nur noch auf Englisch, Deutsch oder Französisch übersetzt werden müssten, könnten forschende Unternehmen jährlich mindestens 250 Millionen Euro einsparen – und motiviert werden, mehr Patente anzumelden. Die Einnahmen aus zusätzlichen Patentgebühren für die Patentämter dürften in dreistelliger Millionenhöhe liegen.

Dem ständen Einbußen für Patentanwälte und Übersetzer von etwa 270 Millionen Euro gegenüber, plus Ausfälle von mindestens 120 Millionen Euro für Rechtsanwälte, weil parallele nationale Patentstreitigkeiten wegfallen.

Somit würde ein europäisches Gemeinschaftspatent jährlich rund 400 Millionen Euro von Anwälten und Übersetzern hin zu forschenden Unternehmen und Patentämtern verschieben.

In Deutschland erfunden, in der Welt zuhause

So viele deutsche Patente wurden 2009 bei diesen Patentämtern angemeldet



Ausländische Patentämter, bei denen im Jahr 2009 mindestens 1.000 deutsche Patente angemeldet wurden; Europäisches Patentamt: Veränderung gegenüber 1996; Indien 2009: Wert aus 2004; Brasilien 2009: Wert aus 2007; Australien, China 2009: Wert aus 2008
 Ursprungsdaten: Weltorganisation für geistiges Eigentum

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 23

Bereits die jüngst von der EU-Kommission angekündigte Einführung einer europäischen Patentgerichtsbarkeit, gegen die der Europäische Gerichtshof jedoch prompt juristische Bedenken geäußert hat, wäre ein erster Schritt. Vor allem die stark exportorientierte deutsche Wirtschaft hätte dann mehr Rechtssicherheit bei Patentstreitigkeiten.

Immerhin erfüllen das Europäische Patentamt und auch das Deutsche Patent- und Markenamt eine wichtige Anforderung – beide haben bereits hohe Qualitätsstandards. Schließlich liegt der Schlüssel für ein gut funktionierendes Patentsystem in einer strengen Prüfung und Vergabe. Die Folge: Weniger als die Hälfte der Anwärter hält am Ende wirklich ein Patent in den Händen.

In den USA dagegen schaffen es drei Viertel der Anmeldungen – unter ihnen allerdings auch eher triviale Neuerungen. So erhielt der Internethändler Amazon das sogenannte One-Click-Patent, welches sämtliche Internetanwendungen umfasst, bei denen ein Nutzer nach vorherigem

Hinterlegen von Adress- und Zahlungsinformationen ein Produkt mittels einmaligen Anklickens kaufen kann. Microsoft bekam im Jahr 2004 sogar ein Patent auf die Doppelklick-Funktion.

Derartigen Patenten wird in Europa zu Recht die Anerkennung verweigert, da keine nennenswerte erfinderische Leistung dahintersteht. Für akribisches Hinterfragen haben die Prüfer in den USA allerdings auch deutlich weniger Zeit als ihre europäischen Kollegen:

Während ein Patentprüfer beim amerikanischen Amt jährlich rund 1.700 Prüfungen vollzieht, sind es in Europa rund 500 Prüfungen.

Eine unmittelbare Einspruchsmöglichkeit für dritte Parteien gibt es in den USA auch nicht. In der Folge werden etwa 45 Prozent aller US-Patente, um die es Streit gibt und die dann nochmals überprüft werden müssen, als gegenstandslos befunden.

*) Vgl. Oliver Koppel: Patente – Unverzichtbarer Schutz des geistigen Eigentums in der globalisierten Wirtschaft, IW-Analysen Nr. 48, Köln 2011, 48 Seiten, 11,80 Euro. Bestellung über Fax 0221 4981-445 oder unter www.iwmedien.de

Purzelt eine Bank, purzeln auch andere

Finanzmärkte. Wegen der Gefahr, dass Griechenland seine Anleihen nicht wie versprochen bedienen kann, befürchten Finanzmarktexperten einen abermaligen Kollaps der Märkte. Schuld daran wäre ein Dominoeffekt, ausgelöst durch die Verbindungen der Geldhäuser untereinander.*)

In den vergangenen dreieinhalb Jahren hat sich mit schöner Regelmäßigkeit gezeigt, dass Banken meist gemeinsam in Schwierigkeiten geraten – weil eine Bank der anderen Geld leiht oder alle die gleichen faulen Wertpapiere im Tresor haben.

Dass die großen Institute alle im selben Boot sitzen, zeigen beispielhaft die Prämien für Kreditausfallversicherungen (Kasten): Egal um welche Bankanleihe es geht, die Prämien steigen regelmäßig im Gleichschritt an – man hat gelernt, dass eine Bank die andere ansteckt.

Solche Dominoeffekte wurden von der Finanzmarktregulierung bisher zu wenig beachtet. Die Aufseher haben die Banken nämlich immer nur einer individuellen Prüfung unterzogen. Sie haben die Aktivseite einer Bankbilanz – also die vergebenen Kredite – unter die Lupe genommen: Waren die Kredite entsprechend dem Risiko mit genügend Eigenkapital hinterlegt, dann bekam die Bank ein Okay.

Nicht berücksichtigt wurde bei diesem Verfahren, dass eine Bank auch dann in Schieflage geraten kann, wenn es anderen Kreditinstituten schlechtgeht. In einer solchen sogenannten systemischen Krise reicht das Eigenkapital oft nicht aus.

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln schlägt daher vor, folgende Maßnahmen zu treffen:

1. Die Bankenaufsicht in Deutschland sollte unabhängiger werden.

Kreditausfallversicherungen

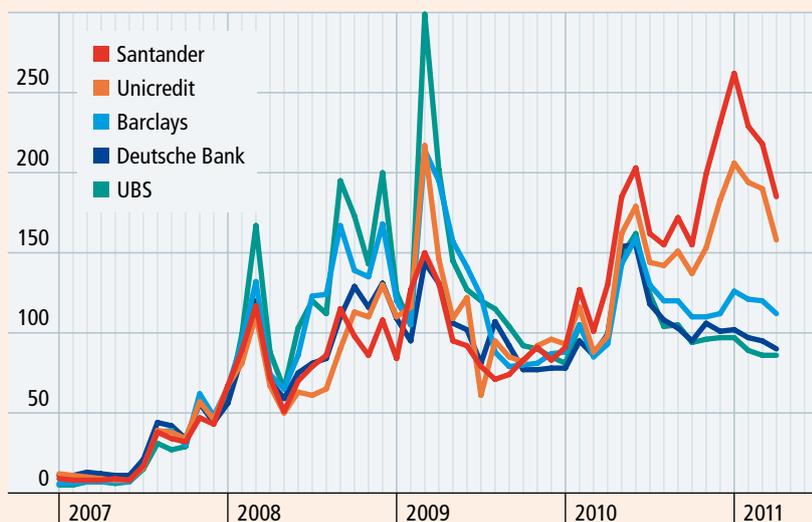
Wenn eine Bank pleitegeht, kann sie Einlagen nicht mehr zurückzahlen. In diesem Fall springt die Kreditausfallversicherung ein – sofern Investoren wie Kreditinstitute, Hedgefonds, Unternehmen und Privatanleger eine solche abgeschlossen haben. Werden die Versicherungen teurer, dann signalisiert das, dass die Versicherer – meist große Banken und Versicherungsgesellschaften – das Ausfallrisiko höher einstufen.

Lagen diese Versicherungsprämien vor der Finanzkrise regelmäßig unter der Marke von 0,1 Prozent, müssen Investoren mittlerweile oft mehr als das Zehnfache berappen (Grafik).

Gleichwohl schwanken die Prämien von Fall zu Fall: Sich gegen einen Zahlungsausfall bei der Deutschen Bank oder der schweizerischen UBS zu versichern, kostet derzeit relativ wenig (jeweils etwa 0,9 Prozent). Rund doppelt so teuer ist die Versicherung dagegen für die italienische Unicredit (1,5 Prozent) und die spanische Santander (2 Prozent).

Kreditausfallversicherung spiegelt die Risiken

So viel kostet es Investoren, sich gegen einen Zahlungsausfall der Bank zu versichern, in Basispunkten



100 Basispunkte sind 1 Prozentpunkt
Quelle: Bloomberg

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 23

Das kostet zwar Geld. Die Finanzbranche hat allerdings bereits signalisiert, für die zusätzlichen Kosten aufzukommen.

2. Finanzinstitute mit einem höheren systemischen Risiko sollten sich mit mehr Eigenkapital refinanzieren müssen. Außerdem müssen sie strenger beaufsichtigt werden.

3. Banken, die innovative Produkte wie Verbriefungen nutzen wollen, müssen dafür vorher ebenfalls neues Eigenkapital aufnehmen.

*) Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Politik ohne Geld – Was trotz knapper öffentlicher Kassen getan werden kann, IW-Studien, Köln 2011, 284 Seiten, 42,00 Euro. Bestellung über Fax 0221 4981-445 oder unter www.iwmedien.de

Prekäre Lage am Peloponnes

Griechenland. Die griechische Wirtschaft findet nur sehr schwer aus dem Konjunktural heraus, in das sie durch den unerlässlichen Sanierungskurs gerutscht ist. Erst für nächstes Jahr rechnen Wirtschaftsexperten mit einem kleinen Wachstumsplus – und selbst das ist noch nicht sicher.

Vor Jahren noch als Wachstumsmeister der EU gelobt, droht Griechenland mittlerweile die Pleite. Allein in diesem Jahr dürfte das Haushaltsdefizit 7,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen und den Schuldenberg auf fast 160 Prozent des BIP erhöhen.

Doch immerhin: Vor zwei Jahren war der Haushaltssaldo noch mehr als doppelt so hoch. Demnach zeigen die von der EU und dem IWF auferlegten Sparzwänge mittlerweile Wirkung: So erhöhte Griechenland seit 2010 nicht nur zweimal die Mehrwertsteuer – deren Senkung allerdings in Athen gerade wieder diskutiert wird –, sondern auch die Steuern für Alkohol und Benzin. Gleichzeitig wird gespart, etwa bei den Löhnen im öffentlichen Sektor und den Rüstungsausgaben.

Das Sanierungsprogramm dürfte jedoch frühestens im kommenden Jahr zu einem zarten Wirtschaftswachstum führen (Grafik):

Während das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr voraussichtlich noch um 3 Prozent schrumpft, könnte es 2012 um ½ Prozent steigen.

Die Finanznot hat den Griechen übel mitgespielt. Im Einzelnen:

- **Arbeitsmarkt:** Geht es den Unternehmen schlecht, entlassen sie Arbeitskräfte. Nach dieser ökonomischen

Binsenweisheit verfährt auch die griechische Wirtschaft. So dürfte die Arbeitslosenquote in diesem Jahr auf 16 Prozent ansteigen – vor zwei Jahren lag sie noch unter 10 Prozent.

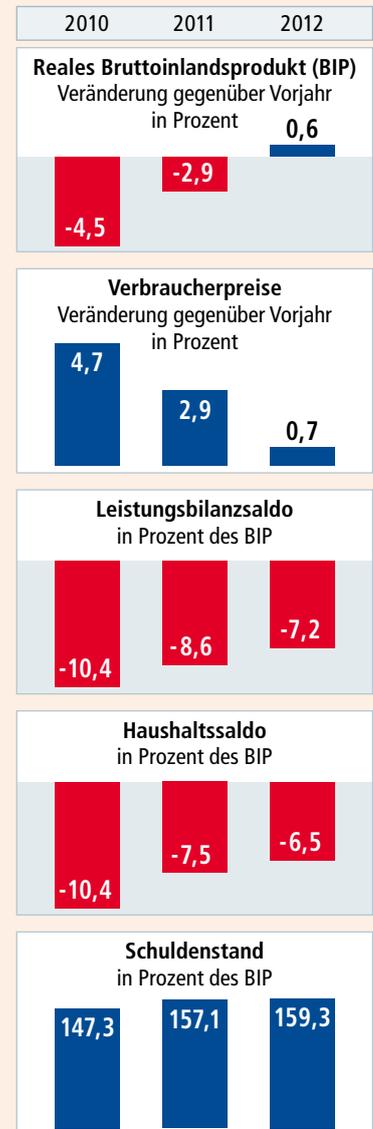
- **Privater Konsum und Investitionen:** Im Jahr 2009 steuerte der private Konsum mehr als 70 Prozent zum BIP bei. Inzwischen ist den Hellenen die Lust aufs Shoppen allerdings vergangen. Die hohe Arbeitslosigkeit, Kürzungen im Staatshaushalt und zahlreiche Steuererhöhungen führen dazu, dass die elf Millionen Griechen ihr Geld zusammenhalten. Aus diesem Grund dürften die privaten Konsumausgaben in diesem Jahr um real mehr als 5 Prozent sinken.

Als weiterer Bremseffekt kommt hinzu, dass die Menschen zwischen Thessaloniki und Heraklion ihre Rücklagen wieder erhöhen, etwa aus Angst vor weiteren Belastungen. War die Sparquote im vergangenen Jahr noch leicht negativ, dürfte sie in diesem Jahr bei rund 3 Prozent des verfügbaren Einkommens liegen.

Und auch die Unternehmen treten auf die Bremse: So sanken die realen Bruttoanlageinvestitionen in den vergangenen drei Jahren um jahresdurchschnittlich fast 12 Prozent. In diesem Jahr erwarten Experten nochmals ein Minus von 10 Prozent.

- **Außenhandel:** Für die gebeutelten Griechen gibt allein die Entwicklung der Im- und Exporte Anlass zur Hoffnung. Denn sinkende Löhne und eine rückläufige Inflationsrate verbessern die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands: Sowohl in diesem als auch im kommenden Jahr dürften

Griechenland: Wirtschaft in Not



2011 und 2012: Prognose
Quelle: OECD

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 23

deshalb die Exporte um mehr als 9 Prozent zulegen.

Weil gleichzeitig aufgrund der klammen Kassen auch die Importe sinken – in diesem Jahr schätzungsweise um fast 9 Prozent –, stützt dies die griechische Konjunktur. Der Effekt dürfte in diesem Jahr knapp 5 Prozentpunkte zum Wirtschaftswachstum beitragen. Allerdings wird dieses Plus von der deutlich stärker sinkenden Inlandsnachfrage wieder „aufgefressen“.

Der Bus fährt hinterher – noch

Busfernverkehr. Weil ein 75 Jahre altes Gesetz echten Wettbewerb im öffentlichen Fernverkehr stark behindert, können Fernbusse kaum mit der Bahn konkurrieren. Doch diese Schranke könnte bald fallen.

In den USA ist es der Greyhound, in Großbritannien der National Express – in Deutschland dagegen sucht man Fernbusse vergeblich. Allerdings kommt jetzt Bewegung in den festgefahrenen Linienverkehr: Das Landgericht Frankfurt hat im April dem Start-up-Unternehmen DeinBus.de den Betrieb einer Mitfahrzentrale erlaubt.

Und auch in der Politik ist das Thema angekommen: Der Markt für Fernbuslinien soll liberalisiert werden – ein entsprechender Gesetzentwurf ist in der Ressortabstimmung.

Derzeit ist der deutsche Fernbusmarkt ein Wirrwarr aus Sonderregelungen für Strecken von und nach Berlin und einigen weiteren Ausnah-



Bahn beherrscht Langstrecke

Öffentlicher Personenverkehr, 2009	Unternehmen	Fahrgäste in Millionen	Verkehrsleistung in Millionen Personenkilometern
Linienahverkehr	2.597	10.801	102.835
davon:			
Eisenbahn	68	2.254	47.382
Omnibus	2.532	5.500	38.957
Straßenbahn	63	3.678	16.496
Linienfernverkehr			
Eisenbahn	68	123	34.811
Omnibus	78	3	1.261

Unternehmen: Mehrzählungen möglich, da manche Unternehmen z. B. Eisenbahnen und Busse besitzen; Fahrgäste: einschließlich Umsteiger; Linienfernverkehr: Fahrten mit mehr als 50 Kilometern oder länger als eine Stunde; Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - IwD 23

men. Wer eine neue Buslinie gründen will, muss erst einmal das Quasi-Monopol der Bahn brechen: Laut noch heute gültigem Personenbeförderungsgesetz von 1934 sind Linienbusse auf einer Strecke, auf der schon Züge fahren, nur dann zulässig, wenn sie eine „deutliche Verbesserung des Angebots“ darstellen. Heißt in der Praxis: Wenn es schon eine Eisenbahnverbindung gibt, werden Fernbuslinien nicht genehmigt. Die Folge (Grafik):

Von den 126 Millionen Passagieren, die im Jahr 2009 den öffentlichen Fernverkehr nutzten, fuhren lediglich 3 Millionen mit dem Bus.

Die niedrigen Nutzerzahlen sind doppelt schade: Denn zum einen ist

das Busfahren konkurrenzlos günstig. Die 8,5-stündige Fahrt von Berlin nach München zum Beispiel kostet weniger als 50 Euro – mit der Bahn dauert es zwar nur 6 Stunden, ist dafür aber ohne Bahncard auch mehr als doppelt so teuer.

Zum anderen verbraucht ein Reisebus nur 0,9 Liter Diesel pro Person auf 100 gefahrenen Kilometern. Damit ist er das klimafreundlichste aller Massentransportmittel.

Bis der Bus auf Langstrecken allerdings so erfolgreich wird wie auf Kurzstrecken, ist es noch ein weiter Weg: Von den 10,8 Milliarden Fahrgästen, die im Jahr 2009 den öffentlichen Personennahverkehr nutzten, stiegen 5,5 Milliarden in einen Bus.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwD@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.